Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 9. Wahlperiode: 1.-87. Sitzung. (9/1 - 9/1144), 1975 -1979

19.01.1977 - Sitzung Nr. 30

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
9. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
30. Sitzung
19. 01. 77
Nr. 9/403 – 9/411

Nr. 9/403

Fragestunde

1. Aufruf des Personalrats zum Mensaboykott

   Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulte, Neumann und Fraktion der CDU vom 22. Dezember 1976
   (Drucksache 9/395/1)

2. Mitgliedschaft einer Bremer Professorin im Kommunistischen Bund Westdeutschland

   Anfrage der Abgeordneten Immermann, Neumann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 1977
   (Drucksache 9/395/2)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 9/404

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten K ä h l e r und Fraktion der SPD eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Sicherheitsvorkehrungen für den Transport gefährlicher Güter in den Häfen Bremens und Bremerhavens."

Nr. 9/405

Verfahren für den Bau weiterer Kernkraftwerke

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 1. Dezember 1976
(Drucksache 9/370)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß die weitere Nutzung der Kernenergie mehr ungeklärte Probleme und unübersehbare Risiken beinhaltet, als bisher der breiten Öffentlichkeit bekanntgeworden sind. Das bezieht sich insbesondere auf folgende Punkte:

   — langfristige Folgen für die Umwelt

   — Probleme des Transports, der Entsorgung, der Zwischenlagerung und der Aufbereitung

   — Möglichkeiten und Folgen eines Katastrophenfalles.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, daß es vor allen weiteren Entscheidungen über den Bau von Kernkraftwerken einer breiten politischen Grundsatzdiskussion und Grundsatzentscheidung über den zukünftigen Energiebedarf und die damit verbundene Perspektive für das weitere Wachstum unserer Wirtschaft bedarf.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) geht weiter davon aus, daß, solange diese Probleme im Interesse einer langfristigen Zukunftssicherung politisch nicht entschieden sind, der Bau aller geplanten Kernkraftwerke nicht in Angriff genommen wird und bei im Bau befindlichen Kernkraftwerken keine weiteren Teilgenehmigungen erteilt werden.

Nr. 9/406

Bedingungen für die Verwendung von Kernenergie

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 14. Dezember 1976
(Drucksache 9/384)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Absätze 1 bis 3 des Entschließungsantrages ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem letzten Absatz des Entschließungsantrages wie folgt zu:

> Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß der Senat über Bundesrat und Bundesregierung darauf hinwirkt, durch Vereinbarungen mit den an die Bundesrepublik angrenzenden Staaten sicherzustellen, daß beim Bau von Kernkraftwerken in deren Bereichen keine zusätzlichen Risiken für die Bevölkerung der Bundesrepublik entstehen.

Nr. 9/407

Vorgänge um den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 1. Dezember 1976
(Drucksache 9/371)

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt angesichts der skandalösen Vorgänge um den Bau eines Atomkraftwerkes in Brokdorf:

— Wir unterstützen nachdrücklich das Grundrecht auf friedliche Demonstration.

— Wir wissen, daß die überwältigende Mehrheit der 20 000 Demonstranten in diesem Sinne friedlich gegen den Bau des Atomkraftwerkes demonstrieren wollte und demonstriert hat. Zu einer solchen friedlichen Demonstration ist auch in Bremen aufgerufen worden.

— Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg hat in unverantwortlicher Weise sämtliche Demonstranten als radikale Verfassungsfeinde diffamiert. Damit hat er alle Teilnehmer als Antidemokraten bezeichnet und die Demokratie mit Füßen getreten.

— Wir nehmen die in Brokdorf eingesetzten Polizeibeamten vor unberechtigten Vorwürfen in Schutz. Vorwürfe müssen sich an die Polizeieinsatzleitung, die von Schleswig-Holsteiner Verantwortlichen gebildet worden war, aber auch gegen kleine extremistische Gruppen, die das Demonstrationsrecht zu durchsichtigen Zwecken mißbraucht haben, wenden.

— Wir verurteilen es, wenn wehrlose friedliche Demonstranten körperlich verletzt wurden.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß zukünftig über Polizeieinsätze, die dem Brokdorfer Einsatz vergleichbar sind, mit den führenden Verantwortlichen auf der parlamentarischen Seite eine informative Abstimmung stattfindet. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die Bremer Polizeibeamten in einer politisch ungeklärten Lage als Prügelknaben herhalten müssen. Wir wollen uns nicht nur immer wieder nachträglich hinter die Beamten stellen, sondern rechtzeitig vor sie.

Nr. 9/408

Vorgänge beim Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 14. Dezember 1976
(Drucksache 9/385)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 9/409

Vorgänge um den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 14. Dezember 1976
(Drucksache 9/386)

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt angesichts der Vorgänge um den Bau eines Atomkraftwerks in Brokdorf:

Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich ausdrücklich zum Grundrecht auf friedliche Demonstration.

Die überwiegende Mehrzahl der Brokdorfer Demonstranten waren Bürger, die von diesem Grundrecht Gebrauch machten.

Unter den Demonstranten befand sich auch eine Gruppe von Extremisten, die die Demonstration für ihre politischen Zwecke mißbraucht hat.

Die Bürgerschaft wendet sich gegen jegliche Gewaltanwendung, sowohl auf seiten der Demonstranten als auch auf seiten der Polizei, soweit deren Vorgehen nicht durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gedeckt war.

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hat durch die Art und Weise ihres Vorgehens bei der Erteilung der Genehmigung die entscheidende Ursache für die Eskalation gelegt.

Die Bürgerschaft spricht sich dafür aus, daß zukünftig Landesregierungen vor derartig bedeutsamen politischen und administrativen Maßnahmen, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Amtshilfeersuchen auslösen werden, die zu ersuchenden Landesregierungen konsultieren.

Die Bürgerschaft erwartet, daß vor einem Einsatz bremischer Polizeikräfte in ähnlichen Fällen die Sprecher der Innendeputation zuvor informiert werden.

Die Vorgänge in Brokdorf haben deutlich gemacht, daß es Aufgabe der Politiker ist, den Zweifeln der Bürger gegenüber der Notwendigkeit von Kernkraftwerken nachzugehen und sie entweder zu widerlegen oder in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Nr. 9/410

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Zivilprozeßordnung, der Konkursordnung und des Zwangsversteigerungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 13. Dezember 1976
(Drucksache 9/383)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 9/411

Bremisches Hochschulgesetz

Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 1976
(Drucksache 9/392)

Die Beratung wird eröffnet und wird am 20. Januar 1977 fortgesetzt.